

# ANTRAG

## auf Erteilung einer Erlaubnis nach Art. 7 in Verbindung mit Art. 15 Denkmalschutzgesetz (denkmalrechtliche Grabungserlaubnis)

Antragsteller(Adresse)

Eigentümer (falls abweichend)

.....

.....

.....

.....

Tel.-Nr. / Email-Adresse

.....

.....

**Bitte Antrag + Anlagen je 3fach einreichen**

**Über die – den  
Stadt – Gemeinde – Markt .....**

**An das  
Landratsamt Kitzingen  
97318 Kitzingen**

Beschreibung zur vorgesehenen Maßnahme

.....

.....

.....

Bauort: .....Fl.-Nr. ....

.....

Anlagen: (je Ausfert.)

1 Lageplan mit Ausweisung des vorgesehenen Suchgebietes  
Einverständniserklärung/en der betroffenen Grundstückseigentümer  
Evtl. vorhandene Planungsunterlagen

Hiermit wird die Erlaubnis nach Art. 7 Abs. 1 des Bayer. Denkmalschutzgesetzes - DSchG – beantragt

zur Absuchung des im beiliegenden Lageplan näher bezeichneten Gebietes bzw. der benannten Grundstücke nach Bodendenkmälern bzw. Teilen hiervon unter Einsatz eines Metallsuchgerätes mit Grabung bei entsprechenden Funden.

zur Grabung nach Bodendenkmälern.

für Erdarbeiten auf einem Grundstück, in dem sich vermutlich Bodendenkmäler befinden.

Mir/Uns ist bekannt, dass mit den Baumaßnahmen erst nach Erteilung der Erlaubnis n. d. DSchG begonnen werden darf.

### **Hinweis:**

Alle mit der Durchführung des Projekts betrauten Personen werden angehalten, die bei der Bodensondierung aufgefundenen Gegenstände unverzüglich dem Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege, Referat für Früh- und Vorgeschichte, Außenstelle Schloss Seehof, 96117 Memmelsdorf, zu melden und gemäß Art. 8 Abs. 2 DSchG die aufgefundenen Gegenstände und den Fundort zur Begutachtung unverändert zu belassen.

....., .....

.....

(Unterschrift Antragsteller/Eigentümer)

An das  
Landratsamt Kitzingen

97318 Kitzingen

Die Stadt/Gemeinde/Markt nimmt zu dem umstehenden Antrag wie folgt Stellung:

1. Die Stadt/Gemeinde/Markt ist mit der mit der Durchführung der vorgesehenen Maßnahme

einverstanden.

unter folgenden Auflagen einverstanden: .....

nicht einverstanden aus folgenden Gründen:

.....  
.....

2. Die Angaben des Antragstellers auf Seite 1 (Antrag) werden bestätigt.

Diese Stellungnahme ergeht:

aufgrund des Beschlusses des Stadtrates/Gemeinderates vom.....

aufgrund des Beschlusses des Bauausschusses vom.....

durch den 1. Bürgermeister gem. Art. 37 Abs. 1 oder 2 GO

....., .....

.....

(1. Bürgermeister/in)